

Abonnementpreis vierteljährlich 3 Mk., halbjährlich 6 Mk., jährlich 12 Mk. ...

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag 30. Januar 1880.

74. Jahrgang.

№ 54.

Leipzig, 30. Januar.

Die Reichs-Regierung kann mit der Aufnahme, welche die Militärgesetznovelle in der Presse gefunden hat, im Allgemeinen wohl zufrieden sein. Vollständig ablehnend verhalten sich nicht einmal die Blätter des radikalen Fortschritts; auch sie erkennen wenigstens einzelne der Gesichtspunkte, aus denen die Vorlage hervorgegangen, wie z. B. die Heranziehung der Ersatzreserve und selbst die Erhöhung der Präsenzstärke, vorausgesetzt daß ihr eine Herabsetzung der Dienstzeit zur Seite geht, als berechtigt und ernstlicher Erwägung werth an. Die Blätter des Centrums sind freilich sehr zurückhaltend, sie verweisen auf ihre alten Parteiprogramme, in denen die Ablehnung jeder Herabsetzung des Soldes eine große Rolle spielte; aber der Hinweis auf ihre vollkommenen Bestrebungen will ihnen nicht mehr so frühlich und unbefangenen wie früher von den Lippen, seitdem sie die Zoll- und Steuerreform des Jahres 1879 haben durchbringen helfen. In der Presse derjenigen Parteien, auf deren Befähigung die Hoffnung auf eine Vereinbarung in der Militärfrage beruht, der Nationalliberalen und der Conservativen, hat die Vorlage eine durchaus ruhige und entgegenkommende Befredung gefunden, welche die Ansicht gewährt, daß die Frage in lebensfähigster und streng sachlicher Weise geprüft werden wird, und daß im Reichstag sich eine Mehrheit findet, welche die, wenn auch drückenden neuen Opfer zu bringen bereit ist, wenn deren Nothwendigkeit für die Sicherheit des Vaterlandes nachgewiesen wird. Das Bewußtsein von der ersten Weltlage, die nicht gerade unmittelbar bevorstehende und unermessliche Gefahren bietet, doch aber jederzeit die äußersten Anstrengungen an die nationale Wehrkraft stellen kann, ist in die weitesten Kreise des Volkes gedrungen und läßt die löblichen Strahlen von der Unerflichkeit des Militarismus nicht recht aufkommen. In dem weit überwiegenden Theil der deutschen Presse finden wir dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß die neuen Forderungen nicht leichtfertig und ohne zwingenden Grund erhoben werden, sondern nach gewissenhafter Prüfung von ihrer unumgänglichen Nothwendigkeit unter den heutigen Verhältnissen. Es scheint uns noch nicht an der Zeit, die Grundlagen der Verfassung zu erörtern, daß sie aber gefunden werden wird und muß, ist sicherlich der allgemeine Eindruck, den die bisherige öffentliche Diskussion dieses Gegenstandes hervorgebracht hat. Der bevorstehenden Reichstagsession wird es an Aufregung und Kämpfen nicht fehlen; es ist tröstlich, daß wenigstens in dieser Capitalfrage die vorherrschende Stimmung eine ruhige und zur Vereinbarung geneigte ist.

Man schreibt uns aus Berlin vom Donnerstag: Der Verkehr am Palais des Fürsten Bismarck ist seit gestern ein so reger, daß daraus mit Recht auf die volle Eingabe des Reichstages an die Staatsgesetzgebung geschlossen wird. In der That ist der Besuch der Kronprinzen im Palais des Fürsten ganz überragend gekommen und der Fürst wiederum konnte einem gleichzeitigen Besuche des Kaisers nur durch eine Verhinderung seiner Antrittsvorlesung zuvorkommen. Was die Konferenzen der letzten Tage betrifft, die mit Recht die Aufmerksamkeit unserer politischen Kreise erregt haben, so wollen die Freunde des leitenden Staatsmannes aus seiner heiteren Faune schließen, daß dieselben zu einem im befriedigenden Ergebnis geführt haben. Dem Vernehmen nach betraf einer der Punkte, um welche es sich bei der zweitägigen Unterredung mit dem Kronprinzen handelte, den schwebenden Kirchenconflit. Das Resultat soll eine vollständige Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen gewesen sein. Bekanntlich haben sich seit den letzten Wochen am Hofe Einflüsse geltend gemacht, um den Kaiser zu bewegen, einen für die Curie günstigen Vergleich zu schließen. Es scheint, daß diese Bestrebungen von anderer Seite durchkreuzt worden sind und daß der Kaiser nunmehr die vom Fürsten Bismarck aufgestellten Gesichtspunkte betreffs einer Beilegung des Kirchenstreits auf einer Basis acceptirt hat, welche vorläufig einen Abschluß der Verhandlungen nicht voraussehen läßt.

Der „R. A.“ wird in dieser Angelegenheit aus Berlin geschrieben: Es heilt sich, daß die Sicherheit des Fürsten Bismarck wesentlich deshalb mit Beschleunigung worden ist, weil der Kronprinz vor seiner Abreise nach Italien den Reichstagspräsidenten noch zu sprechen wünschte. Da das Kronprinzliche Paar, wie von unterrichteter Seite verläutet, die Absicht hat, von Rom aus einen Ausflug nach Rom zu unternehmen und dem Kaiser Humbert und Gemahlin einen Gegenbesuch abzustatten, so dürfte man kaum irren, wenn man annimmt, daß für diesen Fall die Frage erwogen werden ist, ob das Kronprinzliche Paar

während seines Aufenthaltes in Rom mit dem päpstlichen Hofe in persönliche Berührung treten wird oder nicht. Gerechtes Aufsehen erregt eine im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes deutscher Baugewerkmänner in diesen Tagen erschienene Denkschrift gegen die vom Reichstage geplante Ausdehnung des Reichsbastpflichtgesetzes auf die Baugewerbe. „Während durch die Statistik — schreibt man uns aus Berlin — der Nachweis der besonderen Gefährlichkeit des Baugewerbes längst erbracht und festgestellt ist, daß das Baugewerbe an Gefährlichkeit manchen der durch das Haftpflichtgesetz geschützten Industriezweige noch übertrifft (so u. A. die Metallindustrie), betont die Denkschrift, ohne indessen auch nur eine Fasser anzuführen, daß kein Bedürfnis für Ausdehnung der Haftpflicht vorliegt, da das Baugewerbe nicht mit besonderer Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter betrieben wird. Die Denkschrift empfiehlt statt dessen die Heranbildung eines tüchtigen Lehrlings- und Gesellenstandes und die Schaffung eines bewährten Meisterstandes, durch welche die Unfälle auf den Bau- und Werplätzen nach Möglichkeit vermieden werden können. Diese Vorschläge kennzeichnen den jüngerlichen Geist der Baugewerkmänner, zeigen zugleich aber auch, daß die Denkschrift die Frage der Ausdehnung der Haftpflicht in der einseitigen Weise beurtheilt. In den Kreisen der Baugewerkmänner findet sich eine große Menge von Arbeitern, welche sich für die Ausdehnung der Haftpflicht besonders heftig berufen, und sind die interessirten Arbeiter darin übereingekommen, in den nächsten Tagen eine Verammlung auszusprechen, um die Denkschrift einer Erörterung zu unterziehen und eine Petition an den Reichstag um Erweiterung der Haftpflicht vorzubereiten. Für das Hauptreferat hat ein Reichstagsabgeordneter und der Redacteur Polke in Aussicht genommen. Die hiesigen Bau-, Maurer- und Zimmermeister sollen zu dieser Verammlung schriftlich geladen werden.“

Der leitende Staatsmann Oesterreich-Ungarns läßt es an Popularität dem deutschen Cabinet gegenüber nicht fehlen. Als Beweis dafür haben wir aus den Verhandlungen der österreichischen Delegation über die auswärtige Politik Oesterreichs am 27. d. M. die Rede des Herrn v. Haymerle vor: Ich muß zunächst meine tiefe Befriedigung über die Einkommensart der politischen Geübten constatiren, welche von allen Seiten her ausgedrückt worden sind, denn wenn jeder Einzelne erwünscht sein, als dem Minister des Reiches, denn es giebt ihm Kraft und Stärke, um so mehr, als er darauf rechnen kann, daß im entscheidenden Augenblicke diese Geübten sich auch behaupten werden. Mit nicht minderer Freude habe ich hier vernommen, daß das Verhältnis, in welchem wir österreichisch zu Deutschland stehen und das, wie ich an einem anderen Orte hervorzuheben die Ehre hatte, nicht von heute datirt, sondern das Resultat einer historischen Entwicklung, allerdings heute eine größere Bekräftigung gefunden hat, in dieser hohen Verammlung als eine Würdigung des Friedens und der Sicherheit für beide Reiche mit allgemeiner Zustimmung begrüßt worden ist. Wenn dieselben in der Gemeinsamerkeit ihrer Interessen und in der gleichen Auffassung derselben sich begegnen haben, so dürfte wohl auch kein Zweifel darüber bestehen, daß sie auch gegenwärtig über die wichtigsten Punkte dieses Unverständnisses übereingekommen sind. Wenn ich an die Rede des Herrn Delegationen Herrn v. Gubner anknüpfe, so möchte ich nur kurz auf den Kern seiner Rede, so weit zurückkommen, als er zwei schwarze Punkte am Horizont bezeichnet hat. Es ist nun möglich genug für den Capitän zur See, noch mehr aber für den Diplomaten und Minister des Reiches, wenn man lernen, auch am klaren Horizont sich Wolkchen zeigen, zu sagen, ob diese wieder zerstört werden, oder ob sie Sturm bringen. Ich möchte aber doch in Bezug auf den ersten Punkt, in Bezug auf Frankreich sagen, daß wir die Befürchtung nicht theilen können; die Dinge werden sich in der Weise entwickeln, daß sie keine Bedrohung des Friedens mit sich bringen. Denn auch in Frankreich, wie in anderen Ländern herrscht ein tiefes Friedensbedürfnis und die Volkswohlfahrt ist dort seit dem Frieden so entwickelt, daß ich nicht glaube, daß aus dem Schoße der Nation — und in ihr ruht ja heute die Gewalt — irgend ein Ruf nach Trübung des Friedens hervorgehen wird. Für die Frage, ob Krieg oder Frieden, ist, wie ich glaube, die Regierungsform, die in Frankreich herrscht, und ich wünsche dies hier zu betonen, gleichgültig; es kann der Friede von Staatsmännern der Monarchie, wie der Republik gepflegt werden, es kann von den Einem, wie von den Anderen die Bewand angelegt werden; aber auch hier, auf Frankreich, wird sich der hohe Werth des deutsch-österreichischen friedlichen Einverständnisses manifestiren, weil Frankreich ja das Gefühl haben muß und auch durch wiederholte Erklärungen darüber beruhigt worden ist, daß dieses Einverständnis dieselbe in keiner Weise bedroht und alle, welche im Frieden ihre Interessen pflegen wollen, hierin eine neue Gewähr dafür finden, und wenn die Idee, die diesem deutsch-österreichischen Einverständnis zu Grunde liegt, weitere Kreise zieht und die Staaten

sich dieser Idee, dieser Tendenz anschließen, dann ist vielleicht die Zeit gekommen, die der Herr Delegationen nur so bereit herbeikommt, die Zeit, in der man über Herabminderung der militärischen Maßregeln sprechen kann, obwohl ich hier beifügen muß, daß gerade unter Land, welches in Bezug auf die Entwicklung des Militarismus nicht in erster Reihe steht, jenseits welches relativ die geringsten Mittel hierauf verwendet, vielleicht nicht das geeignetste ist, um diese Idee mit Erfolg zu lanciren. Der Herr Delegationen Freiherr v. Hübnert hat einen zweiten schwarzen Punkt bezeichnet, das ist das Unfertige, das Schwanken, das Ungewisse in den Zuständen des Orients. Ich möchte hier allerdings nicht Prophezeiungen machen, daß diese Verhältnisse so bald in ein richtiges Geleise kommen werden. Die Herr Baron Hübnert hervorgehoben hat, haben die Diplomaten am Berliner Congreß sich nicht geschmeichelt, die Verhältnisse im Orient einer vollkommenen Lösung entgegenzuführen. Der Berliner Congreß hatte ja auch nicht diesen Zweck, sondern er hatte den Zweck, einer drohenden Kriegsgefahr vorzubeugen. Die Lösung der orientalischen Schwierigkeiten konnten die Mächte aber nur antreiben, denn wenn solche Dinge in Fluss gerathen sind, wenn ein durch viele Jahrhunderte herrschendes Element einen so scharfen Stoß erhält, wie das türkische Reich, so ist es nicht zu wundern, daß die lange unterdrückten, von unten hinaus drängenden Elemente Waken werden, die Zweifel erregen, ob eine Beruhigung bald eintreten werde. Aber einen gemeinsamen Boden haben die Mächte gefunden, von welchem aus sie dieses Symptom behandeln und in der Weise behandeln können, daß keine Gefährdung für den europäischen Frieden damit verbunden ist, das ist der Berliner Vertrag. Wenn ich dies hervorhebe, so muß ich auch bemerken, daß in diesem gemeinsamen Boden auch das Mittel gefunden ist, welches sich am besten eignet, um unsere Beziehungen zu Rußland, die, wie die Antwort Sr. Majestät an die Delegation schon insipide angedeutet hat, die freundschaftlichen sind, vor einer Trübung zu bewahren. Wir suchen im Orient durchaus nicht die Kleinherlichkeit oder einen überwiegenden Einfluß Oesterreichs, sondern wir suchen eben dort das gemeinsame Wirken der europäischen Mächte, in welchem gemeinsamen Kreise wir unsere berechtigte Stellung als die dem Orient nächstgelegene und am meisten interessirte Macht einnehmen und vertreten wollen. (Beifall.) Hierin mögen auch die kleinen Staaten, die theils unabhängig, theils halb unabhängig sind, Beruhigung finden. Wir sind keine chauvinistische Macht und werden unsere Wohlthat darin suchen, daß auch die Staaten, die uns umgeben und die zum großen Theile als Nationalitäten, die auch in unserer Monarchie vertreten sind, geübt sind, in Wohlfahrt erblühen. Darum hat uns das Verhalten Serbiens so erheitert, weil es eben, indem wir ihm nicht brachten, als was jeder Staat zur Wohlthat braucht, Eisenbahnverbindungen zur Entwicklung seiner commerciellen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse, nur jener die Hand ergriff, ja eine Zeitung hat von sich zu weisen schen, obwohl es diese Hand zu ergreifen sich in Berlin verpflichtet hatte. Ich will heute dem Herrn Baron Hübnert in Bezug auf das, was er über unser Verhältnis zu Bosnien gesagt hat, nicht folgen. Ich möchte nur aus hier betonen von Seite der gemeinsamen Regierung, daß dort allerdings nationale Zwecke weder beabsichtigt waren, noch verfolgt werden. Der Minister schließt: Ich muß an das Wort, mit dem der Herr Delegationen nur seine Rede schloß, anknüpfen, auf ein Citat aus den Werken des mit werthen und persönlich befreundeten Gregorovich ein anderes Citat anknüpfen, welches für die Regierung, so lange ich derselben angehören die Ehre haben werde, maßgebend sein wird; es ist das Wort, worin der Reichstagsabgeordneter Johannes v. Müller seine Geschichte schloß: „Die große Lehre der Weltgeschichte für alle Staatsmänner ist Mäßigkeit.“

Herr v. Haymerle hat hervorgehoben, daß Deutschland und Oesterreich auch über die Bürgerschaften ihres Einvernehmens übereingekommen sind. Es war dies wohl das bedeutungsvollste Wort der Verhandlung. Die Angelegenheit einer cisleithanischen Ministerkrise mehren sich nun doch. Graf Taaffe läßt zwar die von mehreren Mäthern verbreiteten Nachrichten über die bevorstehenden Veränderungen im Ministerium im Wiener „Freundenblatt“ ableugnen. Dasselbe bringt auch folgende getreue telegraphisch signalfirte Mittheilung: „Die von Wien und Brager Blättern in den letzten Tagen colportirten Gerüchte, nach welchen einige Mitglieder des Cabinetes ihre Resignation abgegeben hätten, entsprehen nicht den Thatfachen. Was die Specie des Grafen Taaffe anbelangt, so ist es nicht das Cabinet des bisherigen Coalitioncharacters zu entscheiden, so kann dem gegenüber auf das Bestimmteste versichert werden, daß Graf Taaffe an dem Coalitiongedanken festhält und auch an demselben festhalten unter allen Umständen entschlossen ist.“

Schon daraus, daß der Telegraph diese Mittheilung weiter verbreiten muß, kann man auf ihren Ursprung schließen. Ihr Inhalt ist aber kaum dazu angethan, Vertrauen auf den gegenwärtigen Bestand des Ministeriums zu erwecken, da alles Wesentliche in den Wiener und Brager Nachrichten — Graf Taaffe hätte auch der Feiler

Blätter erwähnen können, welche gleichlautende Nachrichten über die Ministerkrise bringen — mit Still-schweigen übergangen ist. Darin stimmen alle Blätter überein, daß der Leiter des Finanz-Ministeriums Herr Chertel nichts mehr mit der Leitung desselben zu thun haben will. Herr Chertel gebührt der Haupttheil an der Durchführung und Vorbereitung der Grundsteuerreform und will er, um der Abschichtung seines Kindes nicht ruhig zusehen zu müssen, nicht wieder im Abgeordnetenhause erscheinen. Graf Taaffe hat nun auch nicht einmal einen Leiter für das Finanzministerium. Diese Thatlage mag das officielle Dementi gar nicht zu bestreiten, und da sich ohne Finanzminister die Regierung nicht weiterführen läßt, so muß Graf Taaffe einen Nachfolger für Herrn Chertel suchen; damit aber ist die Ministerkrise eingeleitet.

Die letzten Pariser Nachrichten bieten ein ganz besonderes Interesse dar. Die von der französischen Deputirtenkammer mit der Prüfung des Antrages auf Beschränkung der Militärdienstzeit auf drei Jahre beauftragte Commission hielt am Donnerstag, wie telegraphisch gemeldet, eine Sitzung, welcher die Anwesenheit und die Stellungnahme des Kriegsministers eine ungewöhnliche Bedeutung verlieh. Bemerkenswerth ist, daß der Kriegsminister sich gegen den Antrag ablehnend verhielt und namentlich hervorhob, daß zur guten Ausbildung von Soldaten drei Jahre nicht genügen würden. Dieser Ausdruck einer offiziellen militärischen Autorität jenseit der Vogesen sollte auch — wie die „R. A. Z.“ hervorhebt — von der öffentlichen Meinung Deutschlands nach Bedacht gewürdigt werden, denn er berührt eine Controverse, die bei uns ebenfalls von Zeit zu Zeit auf's Tapet gebracht wird. — Die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses hatten vor Kurzem den Ausschuss für den Annetrag Louis Blanc's zu wählen. Clémenceau, Brisson, Ledrou, Spuller, Périn und Louis Blanc selbst sind in ihren Abtheilungen unterlegen. Der Handelsminister Tirard sprach sich in der Sitzung besonders energisch gegen die Vorlage aus. Rück-sichten politischer Beschwichtigung, meinte er, dürften hier nicht geltend gemacht werden, da man im Gegentheil auf diese Weise nur künftige Insurrectionen aufmuntere, indem die Aufständischen, welche Unthaten sie auch begingen, darauf rechnen könnten, spätestens in zehn Jahren amnestirt zu sein. Auch äußerten sich Minister Lepère, Unterstaatssecretair Martin-Feuillee und Polizeipräsident Andrieux in ihren Abtheilungen. Im Ganzen sind, wie telegraphisch schon gemeldet worden, nur 3 Abtheilungen der Vorlage günstig. — Das „Journal des Debats“ verlangt für den Vorfall von Alexandrette volle Genugthuung. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß das Ansehen Frankreichs in Syrien schon ohnedies während der letzten Zeit mehrfach erschüttert worden sei, erst durch die englische Besetzung der Insel Cyprus und dann durch die Wirren im Libanon, wo Frankreich es sich gefallen lassen mußte, daß der Gouverneur Kaimem Pacha trotz aller seiner Versicherungen im Amte verblieb.

Wir lassen, sagen die „Debats“, unserem Botschafter, Herrn Journer, alle Rechte vorbehalten. Er hat in der griechischen Frage einen Fehler gemacht, der eines besseren Beschlusses würdig gewesen wäre, und in Bezug auf die Vorfälle in Syrien erwirkt, welche die katholische Geistlichkeit des Orients entzündete. Den Papst zu rufen zu lassen, ist gewiss schon etwas, aber doch nicht Alles. Wir wollen also nicht, daß unser Botschafter auch für die Vorfälle von Alexandrette die gebührende Genugthuung erhalten werde; denn diese Vorgänge sind wichtiger als diejenigen, welche kürzlich die so entschiedene Intervention des Herrn Kanard und die nicht minder wichtigen Proteste des italienischen Gesandten, Herrn Corri, nach sich gezogen haben.“

Von voraussehbaren Neuerungen in diplomatischen Corps erwähnt man in Paris die des Grafen Turanne zum ersten Botschaftssecretair in St. Petersburg, an Stelle des Grafen Biel-Coffel, ferner Barrot's, des Redacteurs der „Republique Française“, zum Delegirten der Donaucommision, an Stelle Herbette's, des neuen Directors der Personalien im ausländischen Amte. Ein Odeffaer Correspondent schreibt dem in Konstantinopel erscheinenden Journal „La Turquie“:

„Seit einer Woche sind hier abwechselnd vertheilte Polizeimaßregeln getroffen worden, welche nun zu allerlei unangenehmen Klammern Veranlassung geben. Bei zehn Tagen wurden nämlich hier mehrere tausend Fremde verhaftet, darunter auch ein Herr, der mit dem Kaiser von Konstantinopel kam und bei einem Officier unserer Garnison, dem Lieutenant Sobolew, abzufragen war. Der Officier wurde gleichfalls verhaftet und dem Militärgericht zur Untersuchung übergeben. Gleichzeitung fand eine sehr scharfe Ueberwachung der in unieren Höfen einlaufenden Schiffe statt. Die Hafen- und Küstenwachen wurden verstärkt und jedes an-